



An den Grossen Rat

24.0180.01

PD/P240180

Basel, 20. August 2025

Regierungsratsbeschluss vom 19. August 2025

Legislaturplan 2025–2029

1. Ausgangslage

Der Legislaturplan ist das politische Planungsinstrument des Regierungsrates. Darin informiert der Regierungsrat den Grossen Rat, die Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit über die strategische Schwerpunktsetzung für jeweils eine Legislatur.

Gemäss § 35 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) wird der Bericht zur strategischen Planung «[...] den Präsidien der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission und der Sachkommissionen [...] im ersten Jahr] einer regierungsrätlichen Amtsperiode zu- gestellt.»

Gemäss § 3a Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (OG) nimmt der Grosse Rat «[...] von der Planung Kenntnis».

2. Legislaturplan 2025–2029

Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat mit dem Legislaturplan 2025–2029 drei Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre vor. Aktuell ist die Weltlage geprägt von globalen Krisen und geopolitischen Spannungen. Es gilt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und den Kanton zukunftsfähig zu gestalten. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Weltwirtschaft, der Klimawandel und der Druck auf natürliche Ressourcen verlangen beherztes und vorausschauendes Handeln; damit heutige wie auch kommende Generationen in Sicherheit, Wohlstand und in einem lebenswerten Umfeld leben können.

Der Regierungsrat will mit seinen drei Schwerpunkten deshalb die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Basel-Stadt langfristig stärken, die Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sowie den Klimaschutz voranbringen und den Stadtraum lebenswert gestalten – für eine hohe Lebensqualität für alle, heute und morgen. Die drei Schwerpunkte umfassen insgesamt acht Ziele, und die dazugehörenden 28 Massnahmenpakete zeigen auf, wie die Ziele erreicht werden sollen.

Schwerpunkt: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Ziele:

- Attraktivität als Wirtschaftsstandort erhalten
- Partnerschaftlich zusammenarbeiten
- Zukunftsfähige Verwaltung

Schwerpunkt: Sicherheit und Zusammenhalt

Ziele:

- Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken
- Zusammenhalt, Teilhabe und Chancengerechtigkeit fördern
- Hochwertige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung sicherstellen

Schwerpunkt: Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum

Ziele:

- Klimaschutz, Biodiversität und Schonung natürlicher Ressourcen
- Lebenswerte Quartiere fördern

Der Legislaturplan wird erstmals vollständig digital veröffentlicht: www.bs.ch/legislaturplan. Auf dieser Webseite kann der Legislaturplan zudem als einfach gestaltetes Pdf heruntergeladen werden. Ebenfalls steht eine Kurzfassung mit den Schwerpunkten zum Herunterladen zur Verfügung. Diese Kurzfassung liegt als Leporello auch in gedruckter Version vor.

3. Jahresbericht und Budgetbericht

Im Jahresbericht erfolgt wie bisher in Kapitel 2 die qualitative Berichterstattung zum Legislaturplan. Ziel ist es, den Grossen Rat sowie die interessierte Öffentlichkeit über den Stand der Umsetzung des Legislaturplans zu informieren.

Die GPK forderte in ihrem Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrates (25.5291.01), «dass im Jahresbericht offen gelegt wird, wenn sich Massnahmen verzögert haben. Bei unerwarteten Entwicklungen, welche die Zielerreichung erschweren, sollte ebenfalls aufgeführt werden, mit welchen Massnahmen diesen Entwicklungen begegnet worden ist». Diese Forderung soll bei der Berichterstattung zur Umsetzung der Massnahmen berücksichtigt werden.

Ebenfalls wünscht die GPK, dass für diese qualitative Einschätzung wo möglich Kennzahlen und Indikatoren verwendet werden. Es wird daher geprüft, inwiefern geeignete Kennzahlen beziehungsweise Indikatoren vorliegen oder erstellt werden können.

Im Rahmen des Budgetberichts hat der Grosse Rat die Möglichkeit, in Form eines Planungsanzugs Änderungen in der regierungsrätlichen Planung zu beantragen.

4. Antrag

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat die Kenntnisnahme des Legislaturplans 2025–2029.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Marco Greiner
Vizestaatschreiber

Beilagen

- Entwurf Grossratsbeschluss
- Legislaturplan 2025-2029 und Leporello zum Legislaturplan 2025-2029

Grossratsbeschluss

Legislaturplan 2025–2029

(vom [Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. [Nummer eingeben] vom [Datum eingeben] und nach dem mündlichen Antrag der [Kommission eingeben] vom [Datum eingeben], beschliesst:

1. Der Legislaturplan 2025–2029 wird zur Kenntnis genommen.



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

25 – 29

Legislaturplan
2025–2029



Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Lesende

Wir freuen uns, Ihnen mit dem Legislaturplan 2025–2029 unsere drei Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre vorzulegen.

Aktuell ist die Weltlage geprägt von globalen Krisen und geopolitischen Spannungen. Wir sind gefordert, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und unseren Kanton zukunftsfähig zu gestalten. Nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung stehen dabei im Zentrum. Die Herausforderungen sind gross: Die tiefgreifenden Veränderungen in der Weltwirtschaft, der Klimawandel und der gesellschaftliche Zusammenhalt verlangen beherztes und vorausschauendes Handeln – damit heutige wie auch kommende Generationen in Sicherheit, Wohlstand und in einem lebenswerten Umfeld leben können.

Wir wollen deshalb die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts langfristig stärken, die Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sowie den Klimaschutz voranbringen und den Stadtraum lebenswert gestalten – für eine hohe Lebensqualität für alle, heute und morgen.

Ihr Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sichern die Zukunftsfähigkeit und wirtschaftliche Dynamik des Standorts. Der Kanton stärkt seine Attraktivität als internationaler Wirtschafts- und Wissensstandort, indem er Innovationen ermöglicht, bedarfsgerecht Wirtschaftsflächen schafft und sich für eine gute Erreichbarkeit einsetzt. Und er sorgt für Stabilität der Kantonsfinanzen. Der Kanton sichert seine Exzellenz als Kulturstadt und pflegt die partnerschaftliche Zusammenarbeit. Er wirkt dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegen und verfügt über eine zukunftsfähige, digital kompetente Verwaltung.

Attraktivität als Wirtschaftsstandort erhalten

Innovationen und Wissensgesellschaft stärken

Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere von KMU und Start-ups, wird durch **neun Programme der Innovationsförderung** in den Bereichen Life Sciences, Digitale Innovation und Nachhaltige Wirtschaft gefördert. Mit dem Programm **«BaselTech»** wird die digitale Transformation mitgestaltet: Bis 2032 soll ein dynamisches Ökosystem der digitalen Innovation mit mindestens überregionaler Ausstrahlung und Bedeutung entstehen. Die **Kooperationen zwischen Hochschulen, Spitälern, Industrie und öffentlichen Institutionen** werden weiter gestärkt und ausgebaut, um international konkurrenzfähige Forschung zu verknüpfen und die Innovationsförderung sowie die translationale Wertschöpfung zu steigern. Das vom Stimmvolk gutgeheissene Basler Standortpaket bildet die Grundlage für die Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt, welche implementiert werden und die Standortattraktivität des Kantons sichern.

Bedarfsgerecht Wirtschaftsflächen schaffen

Das Raumkonzept «Agglomerationszentrum» sowie der kantonale Richtplan sichern langfristig **geeignete Wirtschaftsflächen** in einem ausgewogenen **Verhältnis** mit den **Wohnbedürfnissen**. Auf den **Transformationsarealen** wie Dreispitz oder Güterbahnhof Wolf entstehen neue Potenziale für Arbeitsplätze. Durch aktive Partnerschaften zwischen Kanton und Privaten soll zusätzlicher Raum für in Basel ansässige Firmen wie auch für Neuansiedlungen geschaffen werden. Im Rahmen der **Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinmünzungen** werden die hafenseitigen Entwicklungsprojekte inklusive Verlegung Hafenbahn und Westquai vorangebracht. Das Projekt **«Hafenbecken 3»** wird als zentraler Teil des trimodalen Containerterminals Basel Nord vorangetrieben, um den Güterverkehr auf Schiff und Bahn zu verlagern und den Logistikstandort Basel zu stärken.

Finanzielle Stabilität und steuerliche Attraktivität erhalten

Es soll eine **Finanzstrategie** erarbeitet werden, die darauf abzielt, die Kantonsfinanzen langfristig tragfähig zu gestalten und die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. **Investitionen** werden **priorisiert**, um eine langfristige Planungssicherheit und einen verbesserten Umgang mit komplexen, bereichsübergreifenden Herausforderungen zu ermöglichen. Es wird eine **ausgewogene Steuerpolitik** verfolgt, welche sowohl die Bedürfnisse von Unternehmen als auch von Privatpersonen berücksichtigt und den Kanton im internationalen Steuerwettbewerb gut positioniert.

Erreichbarkeit verbessern

Der Kanton **verbessert die Erreichbarkeit** mit neuen Tramprojekten, durch die Entflechtung des Tramnetzes in der Innenstadt, mit dem Ausbau von Velovorzugsrouten sowie durch die Anbindung der Transformationsareale. Der Kanton setzt sich aktiv beim Bund dafür ein, dass die Entwicklung der übergeordneten Verkehrsinfrastruktur seinen Zielen bestmöglich entspricht. Insbesondere fordert er vom Bund den raschen Ausbau des Bahnknotens Basel für den Regional-, den Fern- und den Güterverkehr. Beim EuroAirport beginnen die Bauarbeiten für die modulare Erweiterung des Terminals, was die Servicequalität für die Fluggäste verbessern wird.

Exzellente Kulturstadt sichern

Basel stärkt seine Position als **bedeutende Kulturstadt**. Exzellenz wird gesichert sowie weiterentwickelt und die Partnerschaften zwischen Kanton, anderen öffentlichen Förderern und Privaten werden intensiviert. Ein hochstehendes und breitenwirksames **Kulturangebot** wird weiterentwickelt, das Kulturmarketing soll in Zusammenarbeit mit Basel Tourismus ausgebaut und **Lücken** bei der **Kongressförderung im Kultur- und Kunstbereich** sollen geschlossen werden. Der Kanton stärkt seine Standortattraktivität durch die gezielte Akquise und Unterstützung **international relevanter Grossanlässe**. Die Attraktivität von Basel als **Messe- und Kongressstandort** soll gestärkt werden.

Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenwirken

Mit Bildungs- und Integrationsmassnahmen wird dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegengewirkt: Das Projekt **LiB Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell** zielt auf eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II ab und fördert den erfolgreichen Übergang junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Im Hochschulbereich wie auch in der Berufsbildung werden arbeitsmarktfähige **Ausbildungsplätze** im **ICT-Bereich** und in der **Gesundheitsversorgung** geschaffen.

Partnerschaftlich zusammenarbeiten

Gesamtkantonale Haltung formulieren

Es wird eine **kantonale Aussenbeziehungsstrategie** für die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, dem Bund, dem grenznahen trinationalen Raum, Europa und globalen Partnern erarbeitet. Ziel sind verlässliche Partnerschaften, insbesondere

auch mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft. Um die Partnerschaft zwischen der Schweiz und der EU langfristig tragfähig weiterzuentwickeln, wird das Engagement für die **bilateralen Abkommen** zwischen der Schweiz und der Europäischen Union fortgeführt. Mit der **Strategie zur Internationalen Zusammenarbeit (IZA)** für 2026–2029 sollen spezifisch die Armutsbekämpfung und die Stärkung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene gefördert werden.

Trinationale Zusammenarbeit stärken

Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** mit den Nachbarländern wird gestärkt – insbesondere durch den Ausbau politischer Beziehungen mit Baden-Württemberg, Grand Est und der Collectivité européenne d'Alsace. Darüber hinaus sollen Grenzhindernisse abgebaut und die Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel und am Oberrhein verbessert werden. Bestehende Hochschulnetzwerke wie **Eucor** oder **TriRhenaTech** werden gezielt genutzt, um grenzüberschreitende Innovationsprojekte zu fördern. Mit dem **TriRegio DataSpace** soll zusammen mit den Städten Mulhouse und Freiburg i.Br. für Verwaltung, Wirtschaft und Forschung eine Dateninfrastruktur für die Zusammenarbeit im trinationalen Raum erstellt werden.

Zukunftsfähige Verwaltung

Data Science und KI vorausschauend nutzen

Der Kanton entwickelt eine übergeordnete Strategie zur **Nutzung von Data Science und künstlicher Intelligenz (KI)** in der Verwaltung und setzt eine Data- und KI-Governance um. Er baut einen kantonalen Datenkatalog sowie eine kantonale Daten- und KI-Plattform auf, als Grundlage für die departementsübergreifende Arbeit mit Daten und für die Operationalisierung von KI in der Verwaltung. Der Kanton führt kontinuierlich **Schulungen im Bereich Cybersicherheit** durch und führt eine Weiterbildungsstrategie zur Stärkung der Daten- und KI-Kompetenz in der Verwaltung ein.

Digitale Services ausbauen

Die Verwaltung baut ihre digitalen Dienstleistungen gezielt aus, um diese effizienter, nutzerfreundlicher und barrierefreier zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des bestehenden **E-Portals** Basel-Stadt, in das **«E-Sozial»** integriert werden soll, um den Zugang zu Sozialleistungen deutlich zu vereinfachen. Weiter ausgebaut werden die digitalen Angebote der **Bevölkerungsdienste**, das **elektronische Patientendossier** oder die Digitalisierung der wichtigsten **Bewilligungsprozesse**. Das E-Portal als zentrales Zugangstor wird kontinuierlich für die mobile Nutzung optimiert. Das **E-Voting** soll auf 30% der Stimmberechtigten in Basel-Stadt ausgeweitet und der **elektronische Rechtsverkehr** (digitale Verfügung und Rekurse) eingeführt werden. Im Rahmen von **Justitia 4.0** werden die Justizprozesse digitalisiert und die elektronische Akte eingeführt. Das kantonale **Kulturgut** soll digital gesichert und geschützt sowie digital zugänglich gemacht werden.



Sicherheit und Zusammenhalt

Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind wichtig für ein stabiles und friedliches Zusammenleben. Der Kanton stärkt deshalb die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden: Er ist nicht nur im Alltag, sondern auch in Krisensituationen handlungsfähig, sorgt für einen sicheren öffentlichen Raum und stärkt die Strafverfolgung. Er fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem er das Vertrauen in die Demokratie stärkt, die Teilhabe und Chancengerechtigkeit ermöglicht und Armut vorbeugt. Der Kanton setzt sich für eine qualitativ hochwertige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung ein und setzt Massnahmen zur Dämpfung des Kostenanstiegs um.

Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken

Handlungsfähigkeit in Krisen sicherstellen

Der Kanton stellt die **Handlungsfähigkeit** der Verwaltung in Krisensituationen (u.a. Naturkatastrophen, Extremwetterereignisse, Stromausfälle, Hackerangriffe, militärische Konflikte im Ausland) sicher. Er erhöht die **organisatorische Resilienz** und verkürzt die Reaktionszeiten bei ausserordentlichen Lagen. Zudem stärkt er das Risikobewusstsein in der Bevölkerung. Um kritische Infrastrukturen zu schützen, werden die **Cyber-sicherheit** sowie die Cybersicherheitskompetenz in der Verwaltung und bei der Bevölkerung erhöht.

Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen

Die **polizeiliche Grundversorgung** und die **Präsenz im öffentlichen Raum** werden gestärkt, die Anzahl von Polizistinnen und Polizisten soll erhöht werden. Durch eine koordinierte, bereichsübergreifende Zusammenarbeit wird auf **Hotspots im öffentlichen Raum** gezielt und rasch reagiert.

Betreffend Konsum von psychoaktiven Substanzen im öffentlichen Raum werden repressive durch schadensmindernde Massnahmen ergänzt sowie die Kontakt- und Anlaufstellen im öffentlichen Raum weitergeführt.

Strafverfolgung stärken und Justizvollzug modernisieren

Die Kriminalpolizei wird aus der Staatsanwaltschaft herausgelöst und in die Kantonspolizei integriert. Beide Institutionen werden umfassend reorganisiert und die kantonalen Strafbestimmungen und weitere Erlasse werden systematisch überprüft und angepasst. Mit diesen Massnahmen wird die **kantonale Strafverfolgung** insgesamt gestärkt. Ein Handlungskonzept zur **Bekämpfung organisierter Kriminalität** wird erarbeitet. Durch die Verbesserung der Haftbedingungen und den Ausbau der Infrastruktur soll eine sichere und den hohen Anforderungen entsprechende Unterbringung im Justizvollzug sichergestellt werden. Damit leistet der Kanton einen wirkungsvollen Beitrag zur Resozialisierung straffälliger Personen und zur langfristigen Erhöhung der **gesellschaftlichen Sicherheit**.

Zusammenhalt, Teilhabe und Chancengerechtigkeit fördern

Vertrauen in Demokratie stärken und Teilhabe ermöglichen

Der Kanton erarbeitet eine **Strategie gegen Einsamkeit** und setzt entsprechende Massnahmen um. Die **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen** soll gestärkt werden. Durch die Beratung und Unterstützung von Unternehmen wird der Aufbau von ambulant begleiteten Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung und damit die **Inklusion in der Arbeitswelt** gefördert. Die nicht formale **Weiterbildung** wird ausgebaut, um die Integration von Menschen mit Migrationsbiografie und von benachteiligten Gruppen zu stärken. Die **institutionelle Öffnung von Kultureinrichtungen** wird gefördert. Die **politische Bildung** mit den demokratischen Werten wird in den Volksschulen gestärkt. Mit dem umgesetzten Partizipationsgesetz bietet eine **digitale Plattform** einen Überblick zu laufenden Vorhaben, informiert Quartierbewohnende und lädt zur aktiven Mitwirkung ein. Ein neues **Resultatermittlungssystem** für Wahlen und Abstimmungen mit offengelegtem Quellcode wird eingeführt.

Gleichstellung und Chancengerechtigkeit gewährleisten

Der Gleichstellungsplan 2024–2027, der Aktionsplan **Barrierefreie Kommunikation** und das **Kantonale Integrationsprogramm** werden umgesetzt, ein neuer **Gleichstellungsplan** erarbeitet sowie eine kantonale **Strategie** zur Bekämpfung von **Rassismus und Antisemitismus** entwickelt. Die Legacy der Women's EURO wird umgesetzt, um den **Frauen- und Mädchensport** nachhaltig zu stärken und mehr Mädchen und Frauen für den organisierten sowie ungebundenen Sport zu gewinnen. **Präventionsmassnahmen** zur frühzeitigen Erkennung und Minimierung von Risiken für chronische Erkrankungen sollen gefördert werden, um die **Chancengerechtigkeit** und den Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten und zur Primärversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Chancengerechtigkeit in der Bildung erhöhen

Das Massnahmenpaket zur **Weiterentwicklung der integrativen Schule** wird umgesetzt, um gezielt Schülerinnen und Schüler zu fördern sowie die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Gleichzeitig werden **Frühförderangebote** weiterentwickelt, damit Kinder in sensiblen Phasen bestmöglich unterstützt werden. Um die Chancengerechtigkeit in der Bildung zu erhöhen, soll die Berufsbildungsquote erhöht werden: Ein **Masterplan Berufsbildung** soll zu weniger Lehrabbrüchen, mehr Direkteintritten in die berufliche Grundbildung und mehr Berufsabschlüssen bei Erwachsenen führen.

Armut vorbeugen

Die **Arbeitsmarktfähigkeit** von Personen, die aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt ist, wird mit verschiedenen Massnahmen gestärkt. Durch verständliche Informationen sowie vereinfachte Antragsverfahren werden Zugangsbarrieren abgebaut, um den Nichtbezug von Sozialleistungen zu senken und die **soziale Absicherung** vulnerabler Gruppen

zu verbessern. Dank dem revidierten Mietbeitragsgesetz können neu auch Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder, die am Existenzminimum leben, beim Kanton **Mietbeiträge** beantragen.

Hochwertige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung sicherstellen

Versorgung und Zugang sichern

Die Versorgung wird unter Berücksichtigung des Prinzips «ambulant vor stationär» optimiert. Die Förderung des **chancengerechten Zugangs zur Gesundheitsversorgung** wird spezifisch für vulnerable Gruppen angepasst. Das System der **Prämienverbilligungen** wird weiterentwickelt, um die Prämienlast noch stärker zu reduzieren. Die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung insbesondere von Menschen mit Unterstützungsbedarf wird weiter gefördert. Mit der kantonrechtlichen Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen (ELG) im Bereich der Betreuung soll das selbstbestimmte **Wohnen zu Hause im Alter** gefördert werden. Die **Förderung** und der **Ausbau der ärztlichen Versorgung** im Langzeitbereich durch die Stärkung der Grund- und Spezialversorgung, beispielsweise im psychiatrischen Bereich sowie in der Notfallversorgung, werden intensiviert.

Kostenanstieg in der Gesundheitsversorgung dämpfen

Mit einer **regionalen Versorgungsplanung** wird sichergestellt, dass Gesundheitsdienstleistungen bedarfsgerecht, effizient und wohnortnah bereitgestellt werden. Die Verlagerung von Dienstleistungen in den **ambulantem Bereich** wird weiter vorangetrieben. Zudem wird die **Prävention** gestärkt, indem die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung gefördert wird.

«Smart Health»: Digitalisierung nutzen

Die Nutzung des **elektronischen Patientendossiers** (EPD) wird im Kanton weiterverbreitet. Der Aufbau einer plattformbasierten Dateninfrastruktur zur standardisierten und sicheren Erhebung sowie Nutzung von Gesundheitsdaten wird angestrebt. Dafür sollen die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Projekt **First-Responder**, das zur Erhöhung der Überlebensrate bei Herz-Kreislauf-Stillständen beiträgt, soll gestärkt werden.



Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum

Ein gesundes Ökosystem und qualitätsvolle öffentliche Räume sind zentrale Grundlagen für die hohe Lebensqualität im Stadtraum. Der Kanton entwickelt den Klimaschutz weiter, fördert die Biodiversität, schützt das Grundwasser und bringt die Ressourcenschonung in der Planung und im Bau weiter. Er fördert lebenswerte Quartiere mit hoher Aufenthaltsqualität, entwickelt den Wohnraum bedarfsgerecht und ermöglicht eine stadtverträgliche Mobilität. Er positioniert sich als führender Nachhaltigkeitsstandort.

Klimaschutz, Biodiversität und Schonung natürlicher Ressourcen

Klimaschutz gemeinsam weiterentwickeln

Der Kanton Basel-Stadt treibt den Klimaschutz mit der Umsetzung der **Klimaschutzstrategie «Netto-Null 2037»** voran. Mit der **Solaroffensive** wird die Stromproduktion durch Sonnenlicht im Kanton erhöht. Der Ausbau der Fernwärme, die Stilllegung des Gasnetzes und der Ersatz von Erdgas in der Fernwärmeproduktion führen zur weiteren **Dekarbonisierung der Energieversorgung**. Es wird geprüft, ob **Carbon Capture and Storage (CCS)** zur Erreichung des Klimaziels umgesetzt werden kann. Das kantonale **Energiegesetz** wird revidiert und damit die Strategie für eine **klimaneutrale Verwaltung** umgesetzt. In diesem Zusammenhang verfolgt der Kanton u.a. CO₂-Absenkpfade für kantonale **Liegenschaften**. Zur Reduktion ausserkantonaler Emissionen wird unter Einbezug von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eine **Klimaschutzstrategie «Scope-3-Emissionen»** entwickelt.

Biodiversität fördern und Neobiota bekämpfen

Mit der Umsetzung der **Biodiversitätsstrategie** werden das lokale Ökosystem und die Lebensqualität der Bevölkerung gestärkt. Ökologische Aufwertungsmassnahmen tragen im Rahmen von **Gesamtsanierungen und Neubauten** des Kantons ebenfalls dazu bei. Im Rahmen von **Grünstadt Schweiz** strebt Basel bei der Rezertifizierung 2028 erneut das Gold-Label an. Ergänzend fördert das **Programm Grünes Basel** Begrünungen, Entsiegelungen und Baumpflanzungen auf privaten Flächen. Die Umsetzung der kantonalen Strategien zur Prävention und **Bekämpfung von Neobiota** und anderen Schadorganismen bremst schädliche Arten in ihrer Ausbreitung.

Grundwasser schützen

Zum **Schutz des Grundwassers** wird die Einleitung von Abwasser in Oberflächengewässer konsequent kontrolliert. Eine geringere Bodenversiegelung trägt dazu bei, dass vermehrt Regenwasser versickern und sich neues Grundwasser bilden kann. Flächendeckende Kontrollen des Grundwassers

sorgen dafür, dass Gefahren frühzeitig erkannt und behoben werden. Daneben sorgt der Kanton dafür, dass belastete Standorte, die Schadstoffe ins Grundwasser freisetzen können, durch die Eigentümer saniert, überwacht oder gesichert werden.

Ressourcenschonung in Planung und Bau voranbringen

Die **Raumplanung** soll eine kompakte Siedlungsentwicklung mit kurzen Wegen fördern. Der kantonale Richtplan und das Raumkonzept Agglomerationszentrum unterstützen eine klimaneutrale, polyzentrische Entwicklung mit Fokus auf öffentlichen Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr. Bei **Arealentwicklungen** werden CO₂-Reduktionspotenziale geprüft und in geeigneter Weise in der Nutzungsplanung berücksichtigt. Bestehende Gebäude werden im Sinne von «**Umbau vor Neubau**» bevorzugt saniert und weitergenutzt. Durch **Pilotprojekte zur Bauteilwiederverwendung** und deren **Integration** in Standardprozesse wird die Kreislaufwirtschaft im Bausektor vorangetrieben. Zudem wird angestrebt, Baumaterialien als mittelfristige **Kohlenstoffspeicher** oder Senken zu nutzen.

Basel als nachhaltigen Standort positionieren

Der Kanton strebt **Top-Positionen in Nachhaltigkeitsindizes** an. Er bringt damit die Nachhaltigkeit in allen Themen voran und stärkt die Standortattraktivität. Er möchte eine **Vorbildrolle** in der **nachhaltigen Beschaffung** und in der **ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft** einnehmen. Er erarbeitet ein **Nachhaltigkeitskonzept für Infrastrukturprojekte** und sorgt damit für eine ganzheitliche Bewertung ökologischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aspekte.

Lebenswerte Quartiere fördern

Wohnraum bedarfsgerecht entwickeln

Die **kantonale Wohnraumentwicklungsstrategie** wird überarbeitet: Sie bündelt die wohnpolitischen Schwerpunkte neu und berücksichtigt wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte, um ein vielfältiges Wohnangebot im Kanton sicherzustellen. Im Städtebau werden die **Arealentwicklungen** auch für das zukünftige Wohnraumpotenzial genutzt. Durch verbindliche Vorgaben in Bebauungsplänen sind Mindestanteile für preisgünstige Wohnungen gesichert. Dazu gibt der Kanton im Rahmen der aktiven Bodenpolitik mit dem partnerschaftlichen «Baurechtsvertrag Plus» Land im Baurecht an Genossenschaften ab. Der Kanton treibt das **Wohnbauprogramm 1000+** voran und weitet zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum das Modell «Mietvertrag Plus» auf den Bestand aus.

Aufenthaltsqualität in den Quartieren stärken

Der Kanton setzt das **Stadtklimakonzept** für die Klimaanpassung weiter um: Bei neuen Projekten wie auch im Rahmen der Erhaltungsplanung sind Begrünung, Beschattung, der sorgsame Umgang mit Wasser im Sinne der Schwammstadt und Durchlüftungsmöglichkeiten zentrale

Elemente. Mit der Umsetzung des **Teilrichtplans Freiräume** entstehen auf den Arealen in Transformation neue öffentliche **Grün- und Freiflächen** mit hoher Aufenthaltsqualität und Biodiversität. Mit Informationen, Verhaltensempfehlungen und baulichen Massnahmen wird den **klimabedingten Gesundheitsgefährdungen** wirksam begegnet. Um das Zusammenleben in den Quartieren zu stärken, möchte der Kanton künftig eine bedarfsgerechte **Versorgung mit soziokultureller Infrastruktur** sicherstellen. Öffentliche Freiräume sollen darüber hinaus mit **sport- und bewegungsfreundlichen Angeboten** ergänzt werden. Zur Aufwertung der Innenstadt trägt der **Stadtbelebungsfonds** bei, der bis 2030 eingerichtet ist; der Effekt des Fonds wird gegen Ende der Legislatur bilanziert. Die Strategie «**Kunst im Stadtraum**» leistet einen Beitrag zum positiven Erleben des Stadtraums.

Stadtgerechte Mobilität ermöglichen

Basel-Stadt setzt die **Mobilitätsstrategie** weiter um und fördert den kollektiven Verkehr, flächensparende Fahrzeuge und geteilte Mobilitätsformen. Verkehrsflächen sollen angebotsorientiert bereitgestellt werden – mit Priorität auf qualitativ hochwertige, sichere und durchgängige Fuss- und Velonetze. Die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen stehen bei der Verbesserung der **Verkehrssicherheit** im Zentrum. In Wohnquartieren soll der Durchgangsverkehr reduziert, Temporeduktionen wo möglich und nachts umgesetzt und die «**Stadt der kurzen Wege**» durch gemischte Nutzungen gestärkt werden. Ziel ist es, das Verkehrsaufkommen insgesamt zu senken und die Lebensqualität zu steigern.

Impressum

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel
www.bs.ch/legislaturplan

Koordination

Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt
www.bs.ch/pd/kantons-und-stadtentwicklung

Gestaltung

Denise Sprenger

Fotografie

Andreas Zimmermann

© Kanton Basel-Stadt, September 2025





Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

25 – 29

Legislatur
2025–2029
Schwerpunkte

Impressum

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel
www.bs.ch/legislaturplan

Koordination

Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt
www.bs.ch/pd/kantons-und-stadtentwicklung

Gestaltung

Denise Sprenger

Fotografie

Andreas Zimmermann

Druck

Werner Druck & Medien AG

1. Auflage September 2025
© Kanton Basel-Stadt



Sehr geehrte Damen und Herren Liebe Lesende

Wir freuen uns, Ihnen mit dem Legislaturplan 2025–2029 unsere drei Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre vorzulegen.

Aktuell ist die Weltlage geprägt von globalen Krisen und geopolitischen Spannungen. Wir sind gefordert, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und unseren Kanton zukunftsfähig zu gestalten. Nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung stehen dabei im Zentrum. Die Herausforderungen sind gross: Die tiefgreifenden Veränderungen in der Weltwirtschaft, der Klimawandel und der gesellschaftliche Zusammenhalt verlangen beherztes und vorausschauendes Handeln – damit heutige wie auch kommende Generationen in Sicherheit, Wohlstand und in einem lebenswerten Umfeld leben können.

Wir wollen deshalb die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts langfristig stärken, die Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sowie den Klimaschutz voranbringen und den Stadtraum lebenswert gestalten – für eine hohe Lebensqualität für alle, heute und morgen.

Ihr Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Auf unserer Webseite
www.bs.ch/legislaturplan
finden Sie unsere Schwerpunkte,
Ziele und Massnahmen
für die Legislatur 2025–2029.



Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Attraktivität als Wirtschaftsstandort erhalten

Wir setzen auf die Attraktivität unseres Kantons als internationaler Wirtschafts- und Wissensstandort und ermöglichen Innovationen. Wir schaffen bedarfsgerecht Wirtschaftsflächen und setzen uns für eine gute Erreichbarkeit ein. Wir sorgen für Stabilität der Kantonsfinanzen und fördern die Exzellenz unserer Kulturstadt.

Partnerschaftlich zusammenarbeiten

Bei allen Vorhaben pflegen wir die partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Zukunftsfähige Verwaltung

Unsere kantonale Verwaltung ist fit für die digitale Zukunft.



Sicherheit und Zusammenhalt

Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken

Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind wichtig für ein stabiles und friedliches Zusammenleben. Wir stärken deshalb die Handlungsfähigkeit unseres Kantons im Alltag wie auch in Krisensituationen. Für einen sicheren öffentlichen Raum arbeiten wir bereichsübergreifend zusammen.

Zusammenhalt, Teilhabe und Chancengerechtigkeit fördern

Vertrauen in die Demokratie, Teilhabe und Chancengerechtigkeit liegen uns am Herzen.

Hochwertige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung sicherstellen

Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung ein.



Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum

Klimaschutz, Biodiversität und Schonung natürlicher Ressourcen

Ein gesundes Ökosystem und qualitätsvolle öffentliche Räume sind zentrale Grundlagen für unsere hohe Lebensqualität. Wir bringen deshalb den Klimaschutz weiter voran und schützen unsere natürlichen Ressourcen. Wir positionieren unseren Kanton als führenden Nachhaltigkeitsstandort.

Lebenswerte Quartiere fördern

Wir entwickeln den Wohnraum bedarfsgerecht, fördern lebenswerte Quartiere mit hoher Aufenthaltsqualität und ermöglichen eine stadtverträgliche Mobilität.